



Sonstige Beschlüsse D und I 1

**35. Bundesdelegiertentag der
Frauen Union der CDU Deutschlands,
16./17. August 2023, Hanau**

CDU

Beschluss D 1

Mini-Jobs und Midi-Jobs reformieren

Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert eine grundlegende Reform der geringfügigen Beschäftigung in Deutschland. Insbesondere:

1. Die Ausnahmeregelungen für geringfügige Beschäftigungen („Mini-Jobs“), sollen in den Fällen, in denen sie als alleinige Erwerbstätigkeit ausgeübt werden, Zug um Zug entfallen. Bestehende Mini-Jobs, die eine alleinige Erwerbstätigkeit darstellen, sollen behutsam umgestaltet werden.
2. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen für „Midi-Jobber“ (sozialversicherungsrechtlicher Übergangsbereich) sollen dahingehend weiterentwickelt werden, dass der Übergang vom Mini-Job in den Midi-Job insbesondere unter dem Aspekt der Begrenzung der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung noch attraktiver gestaltet werden kann. Hierzu zählt auch die Prüfung der Möglichkeit, wie dies aus Arbeitgeber-sicht attraktiv unter sozialversicherungsrechtlichen Aspekten gestaltet und gefördert werden kann.
3. Für Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten und Rentnerinnen und Rentner und als Nebenverdienst soll es bei der bisherigen Privilegierung der Mini-Jobs bleiben. Die Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung sollen dem Mini-Jobber als Rentenanwartschaften/Entgeltpunkte direkt und in vollem Umfang gutgeschrieben werden.

Beschluss D 3

Stärkung von kleinen Unternehmen

Die Frauen Union der CDU Deutschlands will, dass kleine Unternehmen auf steuerlichem Gebiet besonders gefördert werden. Im Einzelnen:

1. Es soll eine steuerliche Förderung durch attraktive Abschreibungsmöglichkeiten (AfA) für die Schaffung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten geben.
2. Betriebe, die sich zum Zwecke des gemeinsamen Angebots einer Kinderbetreuung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hinblick auf Struktur, Organisation und Aufbau zusammenschließen, sollen dafür besondere Fördermittel erhalten.
3. Ein Augenmerk ist insbesondere auch auf die Berufszweige zu legen, in denen Home-Office für die meisten Beschäftigten nicht möglich ist, so

beispielsweise, in der Kinderbetreuung und in der Pflege und ebenso im Handwerk, im Einzelhandel, in der Produktion und der Hotellerie/Gastronomie.

Beschluss D 4

Aufbau eines arbeitgeberunabhängigen Lebensarbeitszeitkontos

1. Die Frauen Union der CDU Deutschlands setzt sich für die Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos ein, in dem Arbeitszeit und damit einhergehend auch sozialversicherungsrechtliche Ansprüche und Beitragszeiten angespart und dann bei Bedarf in Anspruch genommen werden können, und zwar auch bei Wechsel des Arbeitgebers oder des Berufs.
2. Arbeitgeber sollen gegebenenfalls ein solches Modell eines Lebensarbeitszeitkontos gezielt fördern und davon selbst – wie auch die Arbeitnehmer – durch z. B. staatliche Förderung oder steuerliche bzw. sozialversicherungsrechtliche Erleichterungen profitieren können.
3. Es bedarf einer koordinierenden und verwaltenden Institution (ähnlich der Deutschen Rentenversicherung), die für den Auf- und Abbau eines solchen arbeitgeberübergreifenden und übertragbaren Lebensarbeitszeitkontos verantwortlich ist.

Beschluss D 5

Bessere Diagnostik und Behandlung gesundheitlicher Langzeitfolgen in Folge der Corona-Pandemie bei Long Covid, ME/CFS und PostVac

Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert von der Bundesregierung, dass sie Voraussetzungen für eine verbesserte Diagnostik und Behandlung der an Long Covid, ME/CFS oder PostVac Erkrankten schafft.

Insbesondere fordern wir:

1. Information für alle niedergelassenen Ärzte

Um den Betroffenen schnell helfen zu können, ist eine frühzeitige Diagnose und darauf folgend ein schneller Behandlungsbeginn unerlässlich. Neben der bestehenden „S1-Leitlinie“ zu Long Covid bedarf es hierzu einer regelmäßig aktualisierten Information durch die Ärztekammer über neue Erkenntnisse zur Diagnostik und darüber, welche Spezialisten ortsnahe zur Verfügung stehen.

2. Schnelle Information für die Betroffenen

Viele Betroffene berichten, dass sie sich hilflos und alleingelassen fühlen. Das darf nicht passieren. Jeder behandelnde Arzt soll sie informieren

können, was zu tun ist und wo ihnen geholfen wird bzw. als Hausarzt diese Hilfe und Behandlung koordinieren.

3. Interdisziplinäre Diagnostik und Therapie ermöglichen

Angesichts des komplexen Krankheitsbildes ist in vielen Fällen eine interdisziplinäre Therapie notwendig. Neben der medizinischen Behandlung sollen Therapien wie Physio- und/oder Ergotherapie und Logopädie ebenso zum Einsatz kommen. Diese begleitenden Therapien sollen frühstmöglich einsetzen und über einen längeren Zeitraum möglich sein.

4. Mehr Angebote in Rehabilitationseinrichtungen

Deutlich mehr Rehabilitationseinrichtungen als das bisher der Fall ist sollen Therapieangebote für Long Covid, ME/CFS und PostVac-Patientinnen und -Patienten einrichten. Die Therapiedauer soll dabei individuell angepasst werden können. Dabei geht es insbesondere nicht rein um aktivierende Reha, sondern bei der Rehabilitation von Long-Covid-, ME/CFS- bzw. Post Vac-Kranken ist auf behutsames Training und persönliches Energiemanagement zu achten.

5. Vernetzung vor Ort

Wie schon in einigen Regionen geschehen, bedarf es des Aufbaus von Netzwerken vor Ort. Damit kann eine individuelle, dem jeweiligen Krankheitsbild und -Verlauf angepasste Behandlung ermöglicht werden. Diese Netzwerke sollen flächendeckend zur Verfügung stehen – in einem ersten Schritt auf regionaler, später dann auf Landkreisebene.

6. Forschung ermöglichen

Immer noch ist nur wenig über Long Covid, ME/CFS und PostVac bekannt. Die Forschung hierzu muss deutlich ausgebaut werden. Dabei soll auch erforscht werden, warum Frauen überdurchschnittlich an Long Covid erkranken.

7. Spezialisierung

Entsprechend der vielfältigen Symptome und unterschiedlichen Verläufe ist es notwendig, dass es Ärzte und Einrichtungen gibt, die sich auf die Diagnostik bzw. die Behandlung von Long Covid, ME/CFS und PostVac spezialisieren.

8. Psychologische Begleitung

Nicht nur die körperlichen Einschränkungen, sondern deren psychische Folgen beeinträchtigen sehr viele der Long Covid, ME/CFS oder PostVac-Patientinnen und -Patienten. Es geht darum, die psychischen und mentalen Funktionen zu stabilisieren und zu verbessern und damit die seelischen Folgen der COVID-19 Erkrankung abzumildern. Deshalb soll in allen Fällen eine psychologische Begleitung angeboten werden und, wo es notwendig ist, auch Teil der Therapie sein.

9. Problem der Anerkennung schnell und unbürokratisch lösen
Insbesondere, wenn Betroffene aufgrund ihrer Erkrankung ganz oder teilweise nicht fähig sind zu arbeiten, soll ihre Arbeits- bzw. Dienstunfähigkeit schnell anerkannt werden. Es kann nicht sein, dass der/die Betroffene selbst den Nachweis hierfür führen muss.

10. Auskömmliche Finanzierung
Häufig dauert die Erkrankung lange; die Behandlung ist komplex und entsprechend teuer. Es muss selbstverständlich sein, dass die Krankenkassen schnell und unbürokratisch für die Kosten aufkommen. Gegebenenfalls benötigen die Krankenkassen hierfür eine finanzielle Sonderleistung. Der Unterschied zwischen denjenigen, die sich im Beruf infiziert haben (gesetzliche Unfallversicherung) und denen, die sich privat infiziert haben (öffentliche oder private Krankenkasse) soll hierbei möglichst gering sein.

11. Unterstützung und Vernetzung der Selbsthilfegruppen
Die Selbsthilfegruppen leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag in der Hilfe für Betroffene, sondern auch in der Erkenntnisgewinnung und Verbesserung der Behandlung. Die Selbsthilfegruppen sollen Teil der regionalen bzw. lokalen Netzwerke sein.

Beschluss D 6

Senkung des Mehrwertsteuer-Satzes für verschreibungs- und apothekenpflichtige Medikamente

Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert die Reduzierung des Mehrwertsteuer-Satzes für verschreibungs- und apothekenpflichtige Medikamente von 19 Prozent auf sieben Prozent.

Beschluss D 7

Familien unterstützen statt allein lassen

Die Frauen Union der CDU Deutschlands positioniert sich klar für die Förderung von Familien in Deutschland und gegen die familienfeindliche Politik der aktuellen Bundesregierung.

Dazu sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Keine Senkung der Einkommensgrenzen beim Elterngeld und Anhebung des Elterngeldsatzes zwecks Anpassung an inflationsbedingte Steigerungen
2. Weiterführung des erfolgreichen Programms der „Sprach-Kitas“ durch den Bund

3. Investitionsförderung für Mutter-Kind-Heime
4. Beibehaltung des Ehegattensplittings
5. Keine Mittelkürzungen für die Mehrgenerationenhäuser
6. Gleiche Bildungschancen für alle Kinder durch gut ausgestattete und qualitätsvolle Schulen und Kindertagesstätten schaffen
7. Zeitwertkonten nach SGB IV als „Familienzeitkonten“ für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nutzbar machen
8. Den Kinderzuschlag zu einem „Kinderzukunftsgehalt“ weiterentwickeln, um mehr Familien mit niedrigem Einkommen zu erreichen und stärker finanziell zu unterstützen
9. Keine zusätzliche Bürokratie durch die Einführung einer Kindergrundsicherung, sondern weiterhin die ganze Familie von einer zuständigen Stelle begleiten
10. Die kindermedizinische Versorgung sicherstellen, dazu gehört auch die Arzneimittelversorgung

Beschluss D 8/ D 14

Wiederaufnahme des Pap-Tests als jährliche Krankenkassenleistung für alle Frauen

Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert die Wiederaufnahme des Pap-Tests in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen im Rahmen der jährlichen Krebsvorsorge für alle Frauen, unabhängig vom Alter und über das 65. Lebensjahr hinaus.

Beschluss D 10

Brustkrebs Früherkennung

Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert die CDU/CSU-Bundestagfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass zusätzlich zu dem flächendeckenden Mammographie-Screening auch Ultraschall-Untersuchungen der Brust in die seit 2004 als Leistung der gesetzlichen Krankenkassen durchgeführten Brustkrebs-Früherkennungs-Maßnahmen mit aufgenommen werden.

Darüber hinaus sollen auch jüngere Frauen ab dem 40. Lebensjahr und auch Frauen nach dem 69. Lebensjahr in diesem Maßnahmenkatalog – Mammographie-Screening als auch Ultraschalluntersuchung der Brust – mit aufgenommen werden.

Insbesondere muss zudem sichergestellt sein, dass der regelmäßige wohnortnahe Zugang zu Mammographie-Screening und Ultraschalluntersuchung im sog. „Mammobil“ (dem mobilen Mammographie-Bus) angesichts des auch hier herrschenden Fachkräftemangels uneingeschränkt möglich bleibt.

Beschluss D 11

Aktionsplan für Politikerinnen und Politiker gegen Hass und Hetze im Netz

Der Bundesvorstand der Frauen Union Deutschlands wird aufgefordert, den Generalsekretär der CDU Deutschlands zu bitten:

- darauf hinzuwirken, dass der CDU-Bundesvorstand einen Leitfaden für Politikerinnen und Politiker gegen Hass und Hetze im Netz erarbeitet.

Konkret heißt das:

Die digitalen Medien helfen uns, unsere politischen Positionen bürgernahe darzustellen und erklären zu können. Plattformen wie Instagram, Facebook und ähnliche geben Politikerinnen und Politiker die Möglichkeit, auf kurzen Wegen ihre Arbeit darzustellen und geben den Bürgern die Möglichkeit direkt mit ihren gewählten Vertretern in Kontakt zu treten und sich zu informieren.

Die Kehrseite der digitalen Erreichbarkeit und Präsenz unserer gewählten Vertreter ist jedoch, dass Aggressionen, Beleidigungen und Beschimpfungen ungefiltert an diese herangetragen werden können.

Diese neue Qualität der Hasskommentare, die zum Teil auch erhebliche Vervielfältigungen erfahren, ist für die Politikerinnen und Politiker, die im Namen der CDU-Ämter wahrnehmen, eine erhebliche Belastung und wirkt sich gerade auf kommunalpolitischer Ebene gegebenenfalls auch abschreckend aus.

Betroffene Politikerinnen und Politiker benötigen daher eine organisierte Unterstützung der CDU, um den Herausforderungen der digitalen Medien gewachsen zu sein.

Wir fordern aus diesem Grunde einen Leitfaden für Politikerinnen und Politiker gegen Hass und Hetze im Netz.

Im Rahmen dieser Position gilt es zunächst im Rahmen dieses Leitfadens, welcher in regelmäßigen Abständen eine Aktualisierung erfährt, unsere Kommunal- sowie Bundes- und Landespolitiker über die bestehenden Angebote aufzuklären. Den Vertretern soll ferner im Rahmen eines freiwilligen, durch die CDU finanzierten, Workshop-Angebots das Rüstzeug mitgegeben werden, sich den Herausforderungen zu erwehren.

Darüber hinaus soll auf die Ombudsstelle der CDU, die auch Ansprechpartner in Fällen von Hatespeech ist, hingewiesen werden.

Ziel soll es sein, das politische Amt für die Zukunft zu stärken und unseren gewählten Vertretern schützend zur Seite zu stehen.

Beschluss D 12

Umsetzung des Parteitagsbeschlusses „Volkspartei der Zukunft: Die CDU erneuern“ voranbringen und evaluieren

Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert die Bundespartei auf, den Parteitagsbeschluss vom 35. Parteitag im September 2022 in Hannover „Volkspartei der Zukunft: Die CDU erneuern“ auf Bundes- und Landesebene umzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass die Landes- und Kreisparteien sowie die Vereinigungen umfassend über diese Beschlusslage informiert und bei der Umsetzung unterstützt werden. Außerdem muss die Umsetzung auf Landes- und Kreisebene und in den Vereinigungen ebenfalls nachgehalten werden.

Beschluss D 13

Die gynäkologische Erkrankung Endometriose ernst nehmen und flächendeckende Behandlung sicherstellen!

Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert:

- dass der Bund die gynäkologische Erkrankung Endometriose als chronische und schwer therapierbare Erkrankung anerkennt,
- dass Bund und Länder finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um die Forschung zur gynäkologischen Erkrankung Endometriose an den Universitätskliniken auszubauen,
- dass eine bundesweite Aufklärungskampagne und -strategie zur Erkrankung Endometriose initiiert wird,
- dass die gynäkologische Erkrankung stärker in der Ausbildung (Vorklinik, Klinik und Facharztausbildung zum Gynäkologen/zur Gynäkologin) verankert wird,
- dass es mittelfristig zu einer flächendeckenden fachärztlichen Versorgung, die Endometriose als einen Schwerpunkt hat, kommt, dass die Vorsorgeuntersuchung und Behandlung von Endometriose nicht mehr als Eigenleistung von gesetzlich versicherten Patientinnen bezahlt werden muss, sondern vollständig von den Krankenkassen übernommen wird.

Beschluss D 15

Elterngeld weiterentwickeln und nicht kürzen

Die Frauen Union der CDU Deutschlands lehnt die geplante Elterngeld-Kürzung entschieden ab.

Laut aktuellen Planungen sollen Eltern ab 150.000 Euro zu versteuerndem Einkommen bei einem Paar die vollständige Leistung gestrichen werden. Bislang lag die Einkommensgrenze bei 300.000 Euro.

Beschluss D 16

Gestaffelter Mutterschutz nach Fehlgeburten

Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert

- die Einführung eines gestaffelten Mutterschutzes. Dieser Mutterschutz soll auch für Frauen bei Fehlgeburten vor der 24. Schwangerschaftswoche gelten. Dabei soll die Staffelung sich am Fortschritt der Schwangerschaft orientieren und jede Frau individuell entscheiden dürfen, ob sie das Schutzangebot annehmen möchte.
- die Bundesregierung auf, sich im Gemeinsamen Bundesausschuss für die Einführung eines offiziellen Krankenschreibungsgrundes „Fehlgeburt eines leiblichen Kindes“ für Väter und Lebenspartner/-innen bei Fehl- und Totgeburten der Lebenspartnerin einzusetzen.

Beschluss D 19

Anwendungsverbot von Pflanzenschutzmitteln

Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert, dass das Vorhaben der EU für ein pauschales, gänzlich Anwendungsverbot von Pflanzenschutzmitteln in landwirtschaftlich genutzten Schutzgebieten abgelehnt wird.

Beschluss D 20

Geschlechtergerechte Sprache

Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert, dass die öffentliche Verwaltung sowie die Schulen und Hochschulen auf generelle Vorgaben zum Gebrauch geschlechtsneutraler Änderungen und Zusätze verzichten.

Beschluss D 21

Strafverfolgungsbehörden in Kenntnis zu setzen

Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert, dass Jugendämter bei hinreichenden Verdachtsmomenten und/oder gesicherter

Kenntniserlangung über sexuellen Missbrauch dazu verpflichtet werden, unverzüglich die Strafverfolgungsbehörden in Kenntnis zu setzen.

Beschluss D 24

23. Mai wird zum „Verfassungstag“

Die geschichtlichen Hintergründe zur Entstehung des Grundgesetzes insbesondere der ersten drei Artikel sind zu vermitteln. Ihre Wertschätzung und Sicherung beinhalten eine fundamentale Aufgabe zum Weiterbestehen unserer Demokratie. Die Erfüllung dieser Aufgabe fördert den Zusammenhalt der Gesellschaft und stärkt Deutschland.

Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung und die Landesregierungen deshalb auf, diese Aufgabe kontinuierlich zu übernehmen.

Am 1. September 2023 jährt sich die Konstituierung des Parlamentarischen Rates zum 75. Mal und am 23. Mai 2024 wird der 75. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes begangen.

Dieser Termin könnte den Start für einen jährlichen „Verfassungstag“ darstellen, der jeweils von einem anderen Bundesland organisiert wird (ähnlich dem Tag der deutschen Einheit).

Durch unterschiedlichste Veranstaltungen (Vorträge, Diskussionen, Wettbewerbsausschreibungen unter Einbeziehungen von z.B. Schulen, Firmen, Verwaltungen, Künstlerinnen usw.) soll das Grundgesetz bekannter und seine Bedeutung für das tägliche Leben greifbar werden.

Dabei soll auch immer ein Schwerpunkt auf Artikel 3 gelegt werden und die Rolle von Frauen in unserer Gesellschaft und ihre politische Beteiligung prominent dargestellt werden. Denn nur durch Vorbilder können junge Frauen motiviert werden, sich stärker in die Politik und die gesellschaftliche Weiterentwicklung einzubringen.

Die jährliche Ehrung einer „Demokratin“ könnte zum festen Programmpunkt des „Verfassungstages“ werden. Dabei kann die besondere Leistung dieser „Demokratin“ auf ganz unterschiedlichen Gebieten liegen und eine breite Palette von demokratischem Engagement widerspiegeln.

Beschluss D 25

Digitale Kommunikation

Die Frauen Union der CDU Deutschlands wird aufgefordert, gezielte Hilfestellung zur (Zusammen)arbeit in den sozialen Medien für die nachgeordneten Ebenen zu bieten.

Anknüpfend an den Beschluss der CDU Deutschlands vom 35. Parteitag zur Verankerung von Digitalbeauftragten auf Kreisverbandsebene im Statut § 19b wird die Frauen Union der CDU Deutschlands gebeten, eine

Abfrage bei den Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden in Bezug auf die Digitalbeauftragten zu machen.

Auch in den Untergliederungen der Frauen Union gibt es Digitalbeauftragte. Künftig sollen diese neben den Vorsitzenden gezielt in die Information des Bundesverbandes über dessen Social-Media-Strategien und Kampagnen eingebunden werden, um die digitale Präsenz und die Kampagnenfähigkeit in der Breite zu erhöhen.

Beschluss D 26

Verbesserung der Arbeitsbedingungen zur Vereinbarung von Job und Familie

Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert, neue Arbeitskonzepte wie Job- und Top-Sharing gezielter zu implementieren und deren Akzeptanz zu erhöhen, um Frauen und Männern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter zu erleichtern.

Beschluss I 1

Erstattung der Kosten für Taxinutzung im Falle einer ambulanten Krankenhausbehandlung nach einem Unfall

Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag auf, sich dafür einzusetzen, dass die notwendigen Kosten für die Taxinutzung nach einem Unfall zum nächsten Krankenhaus und zurück nach einer ambulanten Behandlung als sogenannte Rettungsfahrt von der gesetzlichen Krankenkasse erstattet werden. Über die Notwendigkeit entscheiden die zuständigen Leitstellen.